Deutscher Bundestag **Drucksache 16/6175**
16. Wahlperiode 27. 07. 2007

Große Anfrage

der Abgeordneten Volker Beck (Köln), Winfried Hermann, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Uschi Eid, Thilo Hoppe, Ute Koczy, Kerstin Müller (Köln), Winfried Nachtwei, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Rainder Steenblock, Jürgen Trittin, Josef Philip Winkler und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Menschenrechtslage im Vorfeld der Olympischen Sommerspiele 2008 in Beijing

Mit der Vergabe der Olympischen Sommerspiele 2008 an Peking verband sich vor sieben Jahren die Hoffnung auf eine Öffnung Chinas und auf die Verbesserung der Menschenrechtslage im Land. Ein reichliches Jahr vor Beginn der Spiele stellt sich die Menschenrechtslage in der Volksrepublik als unzureichend dar. Einerseits gibt es positive Entwicklungen in den letzten Jahren im sozialen und wirtschaftlichen Bereich, andererseits werden immer wieder Verstöße gegen Menschenrechte gemeldet. Betroffen sind insbesondere politisch Oppositionelle sowie kulturelle und religiöse Minderheiten (z. B. die tibetische Bevölkerung, die muslimischen Uiguren, die Falun Gong Gemeinschaft, politische Dissidentinnen und Dissidenten, sowie jedwede politische Opposition).

Die Meinungs- und Pressefreiheit ist massiv eingeschränkt. Die Pressefreiheit für ausländische Journalistinnen und Journalisten wurde für die Olympischen Spiele zwar gelockert. Die Lockerung gilt jedoch nur temporär, und die Zensur für inländische Journalistinnen und Journalisten sowie die 130 Millionen chinesischen Internet-Nutzer wurde sogar noch verschärft und soll weiter eingeschränkt werden.

Beim Stadtumbau für die Olympischen Spiele, bei der Errichtung von Sportbauten, Straßen und U-Bahn-Linien, kam es in Peking zu willkürlichen Enteignungen und weiteren Zwangsmaßnahmen. Viele Menschen warten noch immer auf eine Entschädigung für die Zerstörung ihrer Häuser, die den Austragungsorten der olympischen Disziplinen Platz machen mussten. Einige von ihnen sind weiterhin in Haft, weil sie gegen diese Maßnahmen protestiert hatten, die auch gegen die Prinzipien der Charta des Internationalen Olympischen Komitees verstoßen.

Hausarrest und Umerziehung durch Arbeit scheinen im Vorfeld der Olympischen Spiele ein Mittel, unliebsame Opponentinnen und Opponenten unauffällig zum Schweigen zu bringen. Angesichts zahlreicher konkreter Fälle von Zwangsenteignungen und Inhaftierungen bilanzieren Menschenrechtsorganisationen übereinstimmend, dass die Olympiavorbereitung von der Regierung als Katalysator für mehr Unterdrückung anstatt für mehr Freiheit genutzt wird.

Seit dem 1. Januar 2007 muss der Oberste Gerichtshof der VR China alle verhängten Todesurteile bestätigen. Dies ist ein Fortschritt, wenn damit tatsächlich

sichergestellt werden soll, dass es sich um eine gründliche Prüfung der Fälle handelt, die nicht nur der „kohärenten“ landesweiten Vollstreckung der Urteile dient. Laut Amnesty International fanden im Jahr 2006 mindestens 1 010 Hinrichtungen statt. Die Organisation weist jedoch daraufhin, dass verlässliche Quellen die tatsächliche Zahl vielmehr bei 7 500 bis 8 000 hingerichteten Menschen sehen. Dabei kann die Todesstrafe nach wie vor für insgesamt 68 Delikte verhängt werden, auch für solche die aus den Bereichen der Wirtschafts- oder Drogenkriminalität kommen.

Die VR China ist der wichtigste wirtschaftliche und sicherheitspolitische Partner des Sudans und hat damit großen Einfluss auf die sudanesische Regierung. In der sudanesischen Provinz Darfur gibt es seit Jahren einen Völkermord, dem bereits Hunderttausende zum Opfer fielen. Prominente wie VN Goodwill Ambassador Mia Farrow sowie Nichtregierungsorganisationen haben angesichts der engen Verbindungen zwischen China und dem Sudan und anlässlich der Olympiade in Peking 2008 den Begriff „Genocide Olympics“ geprägt und internationale Aufklärungskampagnen gegen diesen Völkermord gestartet (siehe z. B. www.dreamfordarfur.org). Im französischen Präsidentschaftswahlkampf griffen Kandidaten diese Kampagnen auf, und über 100 Mitglieder des US-Kongress forderten Anfang Mai 2007 in einem Brief an den chinesischen Präsidenten, die Olympiade in Peking und das Image Chinas nicht im Hinblick auf eine Unterstützung der sudanesischen Kriegspolitik in Darfur zu belasten.

Die Hinweise zu Menschenrechtsverletzungen verschiedener Menschenrechtsorganisationen und von Betroffenen sind Grund genug, genau nachzufragen, ob und wieweit diese Vorwürfe zutreffen, was die Bundesregierung darüber weiß und wie sie die Fälle beurteilt. Nicht zuletzt ist zu fragen, was die Bundesregierung zu tun gedenkt.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Menschenrechtssituation in der VR China, seitdem Liu Jingmin, heutiger Vizebürgermeister Pekings und Exekutiv-Vizepräsident des Peking Organisationskomitees der Olympischen Spiele, im April 2001 erklärt hatte, dass die Olympischen Spiele die Menschenrechtsentwicklung in der Volksrepublik unterstützen werden?

2. Welche Informationen hat die Bundesregierung über Proteste in der VR China, die mit Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Vorbereitungen für die Olympischen Spiele in Zusammenhang stehen?

   a) Wie hat die chinesische Regierung auf diese Proteste reagiert?

   b) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Namen und Strafmaß von Aktivistinnen und Aktivisten, die verhaftet, in Arbeitslager verbracht oder unter Hausarrest gestellt wurden?

3. Inwieweit hat die jüngste Welle an Razzien, die mehr als 100 Aktivistinnen und Aktivisten, darunter Anwältinnen und Anwälte, Akademikerinnen und Akademiker, Blogger, Menschenrechts- und HIV/Aids Aktivistinnen und Aktivisten traf, etwas mit den Vorbereitungen der Olympischen Spiele zu tun?

4. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Zwangsumsiedlungen im Zuge der Vorbereitungen für die Olympischen Spiele?

   a) Welche Informationen hat sie, ob und in welcher Höhe Entschädigungen geleistet wurden?

      Wie beurteilt sie die Forderungen der Betroffenen z. B. von Maxinzhuang, vom Beixiaoying Bezirk, Shunyi Distrikt nach angemessener Entschädigung?

b) Inwieweit war die geplante Zwangsumsiedlung von mehreren hunderttausend Menschen im Zuge der Vorbereitungsarbeiten für die Olympischen Spiele in Peking Gegenstand des EU-China-Menschenrechtsdialogs am 15./16. Mai 2007?

c) Inwiefern fördert die Bundesregierung die Bemühungen um eine Reform des Eigentumsrechts, um den Rechtsanspruch einzelner Bürgerinnen und Bürger zu stärken?

5. Wie beurteilt die Bundesregierung Berichte von Nichtregierungsorganisationen wie Savetibet, nach denen allein im Jahr 2003 bis zu 21 000 Arbeiterinnen und Arbeiter aufgrund mangelnder arbeitsschutzrechtlicher Bestimmungen umgekommen sein sollen?

   Wie schätzt die Bundesregierung den Einsatz von Wanderarbeiterinnen und -arbeitern und die Einhaltung arbeitschutzrechtlicher Bestimmungen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der Olympischen Spiele ein?

6. Wie setzt sich die Bundesregierung ggf. dafür ein, die Aufhebung der Beschränkungen sowohl für ausländische als auch für chinesische journalistischen Vertreterinnen und Vertreter zu unterstützen?

7. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die in den Medien wie „Radio Free Asia“ angekündigte geplante Verschärfung der Zensur für Magazine und Zeitschriften, die am 1. Juli 2007 in Kraft treten soll?

8. Welche Informationen liegen der Bundesregierung über Pläne der chinesischen Führung vor, dass die über eine Million zählenden Wanderarbeiterinnen und -arbeiter im Vorfeld der Olympischen Spiele aus der Stadt gebracht werden sollen?

9. Wie setzt sich die Bundesregierung gegenüber der Volksrepublik China dafür ein, dass die Einweisung in sog. Umerziehungslager nicht dem „Säubern“ der chinesischen Hauptstadt von Kleinkriminellen, Wanderarbeiterinnen und -arbeitern, Drogenabhängigen, Obdachlosen und anderen „unerwünschten“ Stadtbewohnern dient?

10. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den steigenden Gebrauch der Administrativhaft gegen Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008?

11. Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Auswirkungen der Gesetzesänderung mit Blick auf die Todesstrafe?

    Hat die wieder aufgenommene Zuständigkeit des Obersten Gerichts zu einem Rückgang der Urteile mit Todesstrafe geführt?

    a) Welche konkreten Pläne hat die Bundesregierung, die Aufmerksamkeit im Vorfeld der Olympischen Spiele zu nutzen, um sich für eine konkrete Vereinbarung zur Abschaffung der Todesstrafe einzusetzen?

    b) Inwieweit setzt sie sich auch im Rahmen des Menschenrechtsdialogs für eine Abschaffung der „Yan-da/Hart-Zuschlagen“-Kampagnen ein?

12. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Fälle von Verhaftungen von aus Deutschland abgeschobenen Chinesinnen oder Chinesen, wie kürzlich im Falle von Renzheng Jiang im März/April 2005?

13. Wie setzt sich die Bundesregierung gegenüber China für die Aufhebung des Hausarrests von Herrn Renzheng ein?

14. Waren Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Vorbereitungen für die Olympischen Spiele Teil des EU-China-Menschenrechtsdialogs am 15./16. Mai 2007?

    a) Wer hat an dem Dialog teilgenommen?

    b) Welche Informationen hat die Bundesregierung erhalten?

    c) Welche Ergebnisse wurden erzielt und welche benchmarks gesetzt?

15. Inwiefern arbeitet die Bundesregierung in Kooperation mit den Beijing-2008-Partners der Olympischen Spiele Adidas und Volkswagen, um sicherzustellen, dass deutsche Unternehmen keine Menschenrechtsverletzungen unterstützen?

    a) Inwieweit gibt es eine Kooperation mit den Olympia-Partnern (Mercedes-Benz, Adidas, Eon, Payback), Co-Partnern, Ausstattern und Lizenzpartnern der deutschen Olympiamannschaft in diesem Bereich?

16. Wie möchte die Bundesregierung sicherstellen, dass die deutschen Olympionikinnen und Olympioniken während der Spiele keine Laogai-Produkte konsumieren?

17. Arbeitet die Bundesregierung hier gemeinsam mit den deutschen Olympischen Partnerunternehmen an Initiativen, beispielsweise „Corporate Social Responsibility“ Projekten, um die Wahrung der Menschenrechte zu garantieren?

    Gibt es konkrete Ziele und Zeitpläne?

18. Inwiefern arbeitet die Bundesregierung mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) und dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) zusammen, um die Prinzipien der Olympischen Charta in der VR China sicherzustellen?

    a) Welche Informationen hat die Bundesregierung über die konkrete Umsetzung der vom Präsidium des Deutschen Olympischen Sportbundes im Mai veröffentlichten Forderungen des Sports an die chinesische Regierung: Abschaffung der Todesstrafe, Amnestie aus Anlass der Spiele, faire Entschädigung aus Anlass der Sportbauten enteigneten Chinesinnen und Chinesen, vollständige Bewegungsfreiheit für Journalistinnen und Journalisten?

    b) Welche Informationen hat die Bundesregierung über die vom Ministerium für Öffentliche Sicherheit herausgegebene Anweisung über 43 Kategorien unerwünschter Personen, die am Besuch der Spiele gehindert werden bzw. in Peking streng überwacht werden sollen [http://minghui.ca/mh/articles/2007/5/21/155261.html und http://www.faluninfo.net/displayAnArticle.asp?ID=9489]?

19. Wie setzt sich die Bundesregierung für einen respektvollen Umgang mit der besonderen Situation in Tibet gegenüber der VR China ein?

    Inwiefern gibt es Bemühungen der Bundesregierung den seit September 2002 bestehenden Dialog der chinesischen Führung mit dem Dalai Lama zur Aufnahme über Statusverhandlungen wiederzubeleben?

20. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Art und Umfang der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen der VR China und Sudan, und wie beeinflussen diese nach Einschätzung der Bundesregierung das Andauern der humanitären Krise in Darfur?

    Wie bewertet die Bundesregierung insbesondere Art und Umfang chinesischer Waffenlieferungen an Sudan, die laut dem UN Panel of Experts und amnesty international gegen UN-Sicherheitsratsresolution 1591 verstoßen?

21. Hat die Bundesregierung Anzeichen für eine verstärkte Bereitschaft der VR China, ihren erheblichen Einfluss auf die sudanesische Regierung zu nutzen, um eine friedliche Lösung des Darfur-Konflikts anzustreben?

    a) Was hat die Bundesregierung unternommen, um diese chinesische Bereitschaft zu fördern?

    b) Bietet die Olympiade in Peking nach Einschätzung der Bundesregierung die Gelegenheit diese Bereitschaft Chinas zu stärken?

       Wenn ja, mit welchen Initiativen will die Bundesregierung dazu beitragen?

    c) Welche Auswirkungen haben nach Erkenntnissen der Bundesregierung bisher die unterschiedlichen internationalen Initiativen und Appelle von Politikern, Prominenten und NGOs unter dem Motto „Genocide Olympics“ auf die Sudanpolitik der VR China?

       Ist die Bundesregierung bereit, diese Kampagnen symbolisch zu unterstützen?

22. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Situation der folgenden Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten in der VR China?

    Wie setzt sie sich für deren Verbesserung ein?

    a) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die aktuelle Situation des Ehepaares Hu Jia und Zeng Jinyan, die am 18. Mai an der Ausreise aus der VR China für einen zweimonatigen Aufenthalt in Europa gehindert und unter Hausarrest gestellt wurden?

       Wie setzt sie sich konkret für die Aufhebung der Sanktionen und die Erlaubnis zur Ausreise der beiden Menschenrechtsverteidiger ein, die von verschiedenen europäischen Organisationen und Regierungen eingeladen wurden und bereits ein Visum für die Einreise nach Deutschland haben (The New York Times, 18.05.2007 [http://www.nytimes.com/2007/05/19/world/asia/19china.html?em&ex=1179806400&en=b363dc289f8736ad&ei=5087%0A])?

    b) Welche Informationen hat die Bundesregierung über die Situation von Ye Guozhu, der weiterhin seine vierjährige Haftstrafe absitzt, zu der er in Folge seines Bemühens um eine Erlaubnis für eine Demonstration gegen die Zwangsenteignungen im Zuge der Olympischen Spiele verurteilt wurde?

       Welche Informationen hat sie über den Gesundheitszustand Ye Gonzhus, der nach Berichten von amnesty international im Gefängnis gefoltert worden ist (amnesty international USA [http://takeaction.amnestyusa.org/site/c.go JTI0OvElH/b.2604589/k.5C1E/China_Release_Ye_Guozhu.htm])?

    c) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Situation Mao Hengfengs, die im Dezember 2006 zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde, und der Vermutung, dass ihre Haftstrafe dem Zweck diene, sie für die Dauer der Olympischen Spiele aus dem Verkehr zu ziehen (amnesty international Deutschland [http://www2.amnesty.de/internet/deall.nsf/b036db68c9176892c1256aa1004a4154/24e03c94609d4e6fc12572ab00327a50?OpenDocument])?

    d) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung, ob die Verbesserungen der Situation Ren Wandings und Chen Zimings auf einige, wenige Einzelfälle zwecks öffentlichkeitswirksamen, positiven Eindrucks beschränkt sind, und inwiefern setzt sie sich dafür ein, dass die Erleichterung der Situation dieser Personen von Dauer sein wird?

e) Welche Informationen hat die Bundesregierung über die aktuelle Situation von Liu Xiaobo, Schriftsteller und Mitglied des chinesischen PEN, der in der Vergangenheit mehrmals unter Hausarrest gestellt wurde und die VR China nicht verlassen darf?

   Wie setzt sie sich für eine Erleichterung derselben ein?

23. Welche Möglichkeiten haben Sportlerinnen und Sportler und die internationalen Sportorganisationen, während der Vorbereitungen für und im Rahmen der Olympischen Spiele auf die Menschenrechtsproblematik aufmerksam zu machen?

24. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über Angaben des Vorsitzenden der Weltantidopingagentur WADA, Richard Pound, in China würden junge Athletinnen und Athleten im Geheimen und mit pharmakologischer Manipulation (Doping) auf die Spiele vorbereitet, und zwar mit Hilfe osteuropäischer Experten, auch solcher aus der ehemaligen DDR?

Berlin, den 27. Juli 2007

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333